

21.11.19

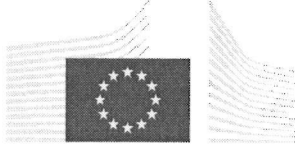
Unterrichtung

durch die Europäische Kommission

Stellungnahme der Europäischen Kommission zu dem Beschluss des Bundesrates zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen:

Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union - Ein Konzept für das weitere Vorgehen

C(2019) 8208 final



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel, den 19.11.2019
C(2019) 8208 final

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident,

die Kommission dankt dem Bundesrat für seine Stellungnahme zu ihrer Mitteilung an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat und den Rat „Die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union – Ein Konzept für das weitere Vorgehen“ {COM(2019) 343 final}.

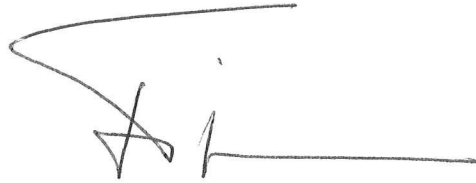
Die Mitteilung enthält eine Reihe konkreter Vorschläge für eine weitere Stärkung der Rechtsstaatlichkeit in der Union, einschließlich eines jährlichen „Zyklus zur Überprüfung der Rechtsstaatlichkeit“, der einen jährlichen Bericht über die Rechtsstaatlichkeit umfasst. Dieser Überprüfungszyklus sollte als Präventionsinstrument betrachtet werden, mit dem Probleme im Bereich der Rechtsstaatlichkeit bereits im Ansatz ermittelt werden und – falls keine Lösung gefunden wird – ein Raum für den Dialog geschaffen wird.

Die Kommission verfolgt aufmerksam die Beratungen über die Überprüfung des Rechtsstaatlichkeitsdialogs im Rat und über eine gegenseitige Begutachtung der Rechtsstaatlichkeit durch die Mitgliedstaaten (Peer-Review-Verfahren), eine von Deutschland und Belgien getragene Initiative. Sie begrüßt alle Initiativen, mit denen die Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten stärker gefördert und gleichzeitig unnötige Doppelarbeit vermieden werden kann. Die Achtung der Rechtsstaatlichkeit ist eine nationale Angelegenheit, hat aber ebenso EU-weite Bedeutung – dies geht auch aus der jüngsten Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs hervor. Es liegt daher auch in der Verantwortung der EU-Organe, diese Fragen im Rahmen ihres institutionellen Gefüges zu behandeln. Wir müssen zusammenarbeiten, um Synergien zu gewährleisten, da wir ein gemeinsames Interesse an der Lösung auftretender Probleme haben.

*Herr Dr. Dietmar WOIDKE
Präsident des Bundesrates
Leipziger Straße 3-4
10117 BERLIN DEUTSCHLAND*

Die Kommission begrüßt die weitere Beteiligung des Bundesrates an dieser Debatte, da die nationalen Parlamente eine Schlüsselrolle bei der Gewährleistung der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten spielen, und zwar sowohl in ihrer gesetzgeberischen Funktion als auch als Kontrollinstanz der Exekutive. Sie freut sich auf eine Fortsetzung des politischen Dialogs.

Hochachtungsvoll

A handwritten signature in dark ink, consisting of a large, sweeping initial 'F' followed by a stylized 'T' and a horizontal line extending to the right.

*Frans Timmermans
Erster Vizepräsident*